



Merksblätter Abonnements... in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrschafts- Nr. 20. Nebenamt: Abrechnung alle Post-Anstalten... an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

Berlin, 5. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Geheimen Finanzräthe Namm und von Pommer-Esche zu Geheimen Ober-Finanzräthen; den Professor Carl Friedrich Wilhelm Launhardt an der polytechnischen Schule zu Hannover zum Director derselben mit dem Range eines Rathes dritter Klasse; und den bisherigen Amtmann Friedrich Troitz zu Solz in Orb zum Landrath ernannt.

Ihre Majestät die Königin hat der Puz- und Modewaarenhändlerin Pauline Baack, gebornen Pfleger, Inhaberin der Firma Louis Baack zu Berlin, das Prädikat einer Hoflieferantin Allerhöchstdieselben verliehen. Der praktische Arzt Dr. Usher zu Leobisch ist zum Kreiswundarzt des Kreises Leobisch ernannt worden. — Der Berg-Inspector Ernst Art ist zum Berg-Inspector bei der königlichen Bergwerks-Direction zu Saarbrücken ernannt worden. — Dem Landrath Friedrich Troitz zu Solz ist das Landrathsamt im Kreise Selbhausen übertragen worden.

Berlin, 5. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben am Sonnabend den 3. d. M. in Ems den General-Feldmarschall Herwarth v. Bittenfeld, den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, den commandirenden General des VIII. Armee-Corps v. Göben, den Grafen Alten, den Ober-Regierungs-Rath Köhn von Jaske, den Landrath Kolschoten, den Kammerherrn Grafen v. Köbern, den Kammerherrn v. Brauchitsch, den Rittmeister Grafen v. Kanitz und den Premier-Lieutenant v. Hestenthal zur Tafel gezogen.

Abends besuchten Se. Majestät der Kaiser und König das Theater; nach Schluß der Vorstellung war das Labyrinth und besonders die Bäderlei bengalisch erleuchtet.

Am gestrigen Tage erfolgte die Abreise Sr. Majestät des Kaisers und Königs nach Coblenz. Die auf dem Bahnhofe versammelte Menge begrüßte Se. Majestät mit enthusiastischen Hochrufen. Die anwesenden Damen überreichten reiche Blumen Spenden.

Nachmittags um 4 1/2 Uhr trafen Se. Majestät der Kaiser und König auf der Schloßbrücke in Coblenz ein und wurden im Eisenbahn-Pavillon empfangen. Zu dem Diner im königlichen Residenzschlosse waren der commandirende General, der Gouverneur und der Ober-Präsident befohlen. Abends erfolgte, bei schönster Beleuchtung der Stadt und der ganzen Umgegend, ein großartiger Fackelzug, mit welchem die getreue Stadt Coblenz die Anwesenheit ihres erhabenen Monarchen, nach 25jähriger Residenz daselbst feierte. Beide Majestäten waren im Kurfürstensaale anwesend und empfingen den Ober-Bürgermeister und die Vorsteher der Stadt, um persönlich Allerhöchstselbst Dank, nach erfolgter Anrede, warm auszubringen. Heute findet ein größeres Diner statt, zu welchem von auswärtig Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich der Niederlande, die Fürstlich Wied'sche Familie und die Prinzen von Anhalt geladen sind.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] hat sich gestern Nachmittag 3 Uhr mittels Ertraguges von Potsdam nach Berlin und von hier mit dem Courierzuge der Anhalter Bahn um 3 3/4 Uhr Nachmittags nach Wien begeben, um dort auf Allerhöchsten Befehl der Besetzung Se. Majestät des verstorbenen Kaisers Ferdinand I. beizuwohnen.

In der Begleitung Se. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit befinden sich der General der Infanterie von Blumenthal, der Hofmarschall Graf zu Eulenburg, der Major und persönliche Adjutant Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit von Liebenau und der Major von Unruhe vom Stabe der 4. Armee-Inspection. (N.-A.)

Berlin, 5. Juli. [Die Finanzpolitik und die „Kreuzzeitung.“ — Vortrag. — Protectorat.] In demselben Augenblick, wo die „Kreuzzeitung“ ihre fünf Schmähartikel gegen die deutsche Wirtschaftspolitik veröffentlicht hat, wird nicht bloß aus den thatsächlichen Mittheilungen der „N. N. Z.“, sondern auch aus den selbstständigen Ermäugungen der competentesten Organe erkennbar, daß die vermeintlichen unüberwindlichen Schwierigkeiten für die Einführung der Goldwährung bereits überwunden sind und daß mithin die Finanzpolitik auf diesem bisher flagrantesten Punkte sich voraussichtlich ungeachtet der mannigfachen außer allen früheren Berechnungen liegenden hindernden Verhältnisse dennoch bewahren wird. Was alle sonstigen Insinuationen und Schmähungen der „Kreuzzeitung.“ betrifft, so kann schon jetzt constatirt werden, daß dieselben nur die Wirkung gehabt haben, die anständigen Organe aller Parteien zu einer freundlichen Haltung dem Finanzminister gegenüber zu veranlassen, um nicht in den Verdacht einer Solidarität mit jenen Gemeinheiten zu geraten. Bezeichnender Weise haben die ultramontanen Blätter von den Ausführungen der „Kreuzzeitung.“ mit einem Behagen Notiz genommen, wobei sich jedoch die „Schl. Volksztg.“ ausdrücklich gegen die confessionellen Heterereien der „Kreuzztg.“ verwahrt, weil sie als katholisches Blatt nicht so intolerant sein könne. Gewiß eine beschämende Lehre für die „Kreuzztg.“: Uebrigens scheint sich die Annahme zu bestätigen, daß eine verkannte politische Größe in Hinterpommern der Urheber der Artikel ist, die er unvorsichtiger Weise seinen Bekannten im Voraus angekündigt hatte. — Der Minister des Innern hat am vorigen Mittwoch dem Kaiser über die drei großen Reformgesetze der inneren Verwaltung noch speziellen Vortrag gehalten. Die Allerhöchste Bestätigung der Gesetze ist inzwischen erfolgt. Auf ausdrücklichen Allerhöchsten Befehl ist als Datum der Publication der 29. Juni, der Geburtstag des Ministers des Innern, Graf zu Eulenburg, gewählt und dies von Sr. Majestät dem Minister in huldvollster Weise persönlich mitgeteilt worden. Gestern hat sich Graf Eulenburg von Ems nach Homburg begeben, wo er einige Wochen zum Kurgebrauch verweilen und dann zunächst nach Berlin zurückkehren dürfte. — Die Kronprinzessin Victoria hat mit Allerhöchster Bewilligung das Protectorat über die Allgemeine deutsche Pensions-Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen übernommen.

Berlin, 5. Juli. [Zur Reform des Steuerwesens. — Der Posttarif. — Vereinigung. — Dementi.] Früher einmal war von einem Plane zur Umgestaltung des Steuerwesens die Rede, der, wenn er wirklich bestanden, jetzt aufgegeben zu sein scheint, zumal es ja immerhin möglich ist, daß bei den, für die Verwaltung der Finanzen im deutschen Reiche, auch in Preußen bestehende Steuern, wie beispielsweise die Gewerbesteuer, leicht in Mitleidenhaft gezogen werden können. Bei den etwaigen Steuerprojecten, welche die Ausschüsse des Bundesraths zu erwägen haben werden, wird auch auf die Einzelstaaten Rücksicht genommen werden müssen. Was speciell die Borstensteuer betrifft, so haben sich die Vertreter der Hansestädte bereits dagegen ausgesprochen und, wie es heißt, soll in Preußen die Meinung diesem Projecte auch nicht günstig sein, das im Grunde doch nur auf ein stilles und nicht auf ein stockendes Börsengeschäft be-

rechnet ist. Zudem wird gerade eine solche Steuer am leichtesten umgangen werden können. Bedenkt man überdies, daß sowohl in Preußen als im Bundesrathe schon Steuerprojecte in Hülle und Fülle erwogen worden, aber nicht zum Abschlusse gekommen sind, so wird man sich sagen müssen, daß gerade jetzt die Aufgabe zur Auffindung oder Erhöhung von Steuern doppelt schwierig ist. — Den besonders von der Handelskammer in Köln ausführlich entwickelten Einwendungen gegen Abänderungen der Posttarif-Bestimmungen, welche der Reichskanzler aus Anlaß der Einführung der Marktrechnung mit Anfang dieses Jahres eingeführt hat, war das Collegium der Aeltesten hiesigen Kaufmannschaft theilweise beigetreten, besonders weil Waarenproben und Muster in Gewichtsmengen bis zu 50 Gramm höher gebracht und die Postvorschußgebühren erhöht wurden. Seitens der Postverwaltung ist, wie der Vorstand des Handelsstandes in seinem Jahresberichte mittheilt, dagegen nachher ausgeführt worden, daß die Erhöhungen, welche in diesen, wesentlich im Post-Interesse verfügten Aenderungen allerdings lägen, doch weit aufgewogen würden durch andere wesentlich auch dem Handelsstande zu Gute kommende Erleichterungen und Ermäßigungen, welche in derselben Verordnung enthalten seien. — Die Vereinigung der obersten Reichspost- mit der obersten Reichs-Telegraphen-Verwaltung wird erst bei der Vorlegung des nächstjährigen Reichs-Haupt-Finanz-Stats sichtbar und erst nach dessen Genehmigung kundgemacht werden. Inzwischen sind die Vorarbeiten gemacht und die Vorbereitungen so getroffen, daß die Neuerung mit dem Anfange nächsten Jahres ohne Anstand in's Werk gesetzt werden kann. Die Organisation wird ebenso von Einfluß auf die Post wie auf die Telegraphen-Verwaltung sein und schon jetzt werden die im Vorbildungsstadium begriffenen Postbeamten verpflichtet, sich mit dem Telegraphen vertraut zu machen. Bei dieser Vereinigung beider erwähter Verwaltungen dürfte es übrigens vorläufig bewenden und es sollte uns gar nicht wundern, wenn in der jetzigen „todten Zeit“ wiederum die Ente von der Errichtung eines Reichs-Verkehrsministeriums flüchtig werden sollte, obgleich es doch zu Tage liegt, daß, da das Reich überhaupt keine Ministerien hat, ein so vereinzeltes gar keine Stelle finden könnte und würde. Das durch hiesige Blätter verbreitete Gerücht, die Hauseigenhümer Berlins zur Zulassung und Annahme von Hauswarten zwingen zu wollen, lediglich zu dem Zwecke, daß der Magistrat eine Controlle für die Steuerzahler habe, gleicht auch einer Ausgeburt jener todtten Jahreszeit, zumal ein solches Gebot doch eine besondere Haus-Anlage voraussetzt und nebsther unendlich viele Schattenseiten hat.

[Der vom Bundesrathe veranlaßten Enquete über Muster-schutz etc.] sind, wie der „N. N.“ berichtet, folgende Fragen zu Grunde gelegt worden (das Gutachten der Mitglieder der Commission ist bei einzelnen Fragen in Klammer bemerkt):

A. Schutz der Werke der bildenden Künste gegen unbefugte Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie, der Fabrike, Handwerke und Manufacturen. 1) Soll den Werken der bildenden Künste Schutz gegen Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie etc. gewährt werden? (Die Frage ist bejaht worden, jedoch ist ein ausschließlicher Schutz für die Kunst von keiner Seite beantragt, vielmehr die allseitige Ausdehnung des Schutzes auf die Kunst-Industrie allseitig gewünscht worden.) 2) a. Soll sich das hiernach zu erlassende Verbot auf Nachbildungen jeder Art erstrecken? (Das Verbot soll sich auf Nachbildungen jeder Art in Werken der Industrie, der Fabrike, Handwerke oder Manufacturen erstrecken; die Nachbildung eines Werkes der zeichnerischen Kunst in plastischer Form oder umgekehrt soll nicht gestattet sein. Auf die größere oder geringere Selbstthätigkeit, welche der Nachbildner zu entfalten hat, auf die spezifische Beschaffenheit und Zweckbestimmung des Originals wie des nachgebildeten Industrie-Erzeugnisses und dergleichen soll im Allgemeinen kein Gewicht gelegt werden.) b. Ist es möglich und rathlich, zwischen einer zu verbietenden Nachbildung und einer zu gestattenden Benutzung als Muster zu unterscheiden, und welche Unterscheidungsmerkmale lassen sich in dieser Beziehung aufstellen? (Diese Frage ist für unentschieden erachtet worden.) c. Ist schon bei der Gewährung eines Schutzes überhaupt Gewicht darauf zu legen, ob die Nachbildung auf rein mechanischem Wege erfolgte, oder ob sie eine überwiegend eigenartige künstlerische Thätigkeit des Nachbildners erforderte? 3) a. Sollen bezüglich der Entscheidung über Geltendmachung des Anspruchs auf Schutz, sowie bezüglich der Schutzfrist für die Fälle der Nachahmung von Werken der bildenden Kunst, in Erzeugnissen der Industrie etc. die gewöhnlichen Regeln über das Urheberrecht an jenen Werken gelten, oder wären in der einen oder anderen Hinsicht entweder allgemein oder für einzelne Arten, namentlich für den Fall, daß lediglich eine Benutzung als Muster oder eine Nachbildung auf nichtmechanischem Wege stattfindet, besondere Bestimmungen zu treffen? b. von welchen formellen Vorbedingungen wäre alsdann der Anspruch auf Schutz abhängig zu machen? und c. welche Dauer wäre für die Schutzfrist zu bestimmen? (Die Ansichten der Mitglieder der Commission über diese Fragen sind getheilt geblieben.) 4) a. Soll der Umstand, daß die Nachbildung eines Werkes der bildenden Kunst in einem Industrieerzeugnisse rechtmäßig erfolgte, Veränderungen in Bezug auf das Urheberrecht an jenem Werke gegenüber der Industrie zur Folge haben? b) Soll einem Industrieerzeugnisse, welches einem Werke der bildenden Künste rechtmäßig nachgebildet wurde, Schutz gegen weitere Nachbildung gewährt werden, unter welchen formellen Vorbedingungen und für welche Dauer? (Unter Vorbehalt einer den berechtigten Interessen entsprechenden Bemessung der Schutzfrist wurde die Aufnahme einer dem § 9 Abs. 3 des Gesetzesentwurfs der Kunstgenossenschaft entsprechenden Bestimmung mit der Folge, daß nach Ablauf der (offen gelassenen) kürzeren Frist Freiheit der Nachbildung für alle Zweige der Industrie eintreten soll, befürwortet.) 5. In welcher Weise wäre der den Werken der bildenden Kunst gegen Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie etc. zu gewährende Schutz vor Verletzungen zu sichern? und welcher Einfluß wäre hierbei den etwa zu bildenden Sachverständigenkollegien einzuräumen? (Darüber: 1. ob ein dem geschützten Schutze unterliegendes Kunstwerk, ferner 2. ob eine unbefugte Nachbildung vorliege, 3. über die Höhe des Schadenerspruchs soll der Richter — sei es unbedingt, sei es auf Antrag einer der Parteien — verpflichtet sein, ein Gutachten der Sachverständigencommission einzuzuziehen, und soll dieses Gutachten für den Richter maßgebend sein. Im Uebrigen sollen die Grundsätze des Gesetzes von 1870 Anwendung finden.)

B. Schutz der Erzeugnisse der Kunstindustrie gegen unbefugte Nachbildung. 1. Sollen die Erzeugnisse der Kunstindustrie gegen unbefugte Nachbildung geschützt werden? 2. Empfiehlt es sich, einen solchen Schutz den Erzeugnissen der Kunstindustrie allein und ohne gleichzeitige Einführung eines allgemeinen Muster-schutzes zu gewähren? Soll der Schutz gegen Nachbildung jeder Art eingeräumt werden? 4. Wäre der Anspruch oder die Geltendmachung des Schutzes von bestimmten formellen Vorbedingungen abhängig zu machen und von welchen? 5. Auf welche Zeitdauer wäre der Schutz zu gewähren? 6. Soll ein auf Grund formeller Vorbedingungen anerkanntes Schutzrecht unter gewissen Voraussetzungen vor Ablauf der Schutzfrist für erloschen erklärt werden können? 7. In welcher Weise wäre der Schutz gegen Verletzungen sicher zu stellen? 8. Welche Behörden wären a) zur Constatirung des Vorhandenseins und der Erfüllung der Vorbedingungen, b) zur Aufhebung eines formell anerkannten Schutzrechts, c) zur Einschreitung und Entscheidung bei Verletzungen jenes Rechts zu berufen? 9. Welches Verfahren empfiehlt sich gegenüber dem Auslande? (Eine abgesonderte Behandlung der Kunstindustrie (des Abschnitts B.) ist nicht für ausführbar erachtet worden, im Uebrigen sind die Ansichten darüber, ob die Kunstindustrie im Zusammenhange mit der Kunst (A.) oder aber mit der Industrie (C.) zu be-

handeln, getheilt gewesen und möchte ein Ausgleich nur in der Entscheidung des concreten Falles zu finden sein.

C. Einführung eines allgemeinen Muster- und Mod.-Schutzes. 1. Empfiehlt sich die Einführung eines Schutzes der Muster für und Modelle von Erzeugnissen der Industrie, Fabrike, Handwerke und Manufacturen gegen unbefugte Nachbildung? (Bejaht.) 2. Auf welche Objecte und wie weit hätte sich der Schutz zu erstrecken? 3. Soll der Anspruch auf Schutz von bestimmten formellen Vorbedingungen abhängig gemacht werden und von welchen? 4. Auf welche Zeitdauer wäre der Schutz zu gewähren? 5. Soll ein formell anerkanntes Musterrecht unter bestimmten Voraussetzungen vor Ablauf der Schutzfrist für erloschen erklärt werden können? 6. In welcher Weise wäre der Schutz gegen Verletzungen sicher zu stellen? 7. Welche Behörden wären a) zur Constatirung des Vorhandenseins und der Erfüllung der Vorbedingungen, b) zur Aufhebung eines formell anerkannten Musterrechts, c) zur Einschreitung und Entscheidung bei Verletzungen des Musterrechts zu berufen? 8. Welches Verfahren empfiehlt sich gegenüber dem Auslande?

[Agitation.] Die von uns erwähnten Leitartikel der „Kreuzzeitung“ über die Aera Bleichröder-Debitrück kommen den Ultramontanen in Baiern vortheilhaft zu statten. Sie werden, so schreibt ein Münchener Correspondent der Wiener Presse, „mit einer Geschicklichkeit ohne Gleichen verwerthet. In Tausenden und abermals Tausenden Sonderabdrücken durchfliegen sie das Land, werden auf dem flachen Lande, in den Märkten, Flecken, Städten, selbst in der Hauptstadt vorgelesen, glossirt und commentirt und der Refrain ist: Haben sie Deutschland ausgehöhlet, so werden sie uns verkaufen. Den Worten der Liberalen: es ist Verleumdung, setzt der Bauer: hier ist es gedruckt und der Gebildete: eine urpreussische Zeitung hats gesagt, entgegen. Den Patrioten hat die „Kreuzzeitung“ ein ausgezeichnetes Agitationsmittel verschafft.“

[Erklärung.] In der „Kreuzzeitung“ findet sich folgende Erklärung:

Meine Unterschrift unter einem Protest, der wegen Ausweisung der Gesellschaft Jesu an den hochwürdigsten Vater Provinzial der deutschen Provinz im Sommer 1872 gerichtet und der damals auch theilweise in der „Kreuzzeitung“ abgedruckt war — nehme ich hiermit zurück. Hötting, den 3. Juli 1875. Max v. Braunschweig.

[Dunin.] Der eines Attentats auf Fürst Bismarck und Cultusminister Falk verdächtige Dunin, welcher bekanntlich in Krakau verhaftet und nach der hiesigen Stadtvoigtlei transportirt wurde, ist nach der „Germania“ bereits am 21. Juni wieder entlassen und nach Warschau beordert worden, nachdem der Verdacht als absolut grundlos sich erwiesen hat.

Von der Weichsel, 4. Juli. [Aus der polnischen Presse.] Der „Przyjaciel ludu“ theilt heute seinen Lesern mit, daß er vom Jahre 1873 an bis jetzt 10 Confectionen, 25 Anlagen und ebenso viele Beurtheilungen in I. Instanz erfahren hat. In II. Instanz ist er in 5 Fällen freigesprochen worden. Die vier Redacteurs sind mit 98 Monaten bestraft; die Geldstrafen betragen 1545 M., die Gerichts- und Gefängnisstrafen betragen 9000 M. — Da das Blatt nur einmal wöchentlich erscheint, so giebt dies einen Anhalt zur Beurtheilung der Tendenz des Blattes.

Köpen, 4. Juli. [Die vier barmherzigen Schwestern], welche, wie seiner Zeit berichtet worden, den 14. Juni wegen Verweigerung einer eidlischen Aussage auf die vorgelegten Fragen verhaftet wurden, sind der „Germania“ zufolge heute, am 1. Juli, ohne Weiteres wieder entlassen worden.

Königsberg i. Pr., 5. Juli. [Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten. Dr. Friedenthal,] hat seine Reise durch den Regierungsbezirk Gumbinnen beendet und ist gestern hierselbst eingetroffen. Zur Bewillkommnung desselben hatten sich der Oberpräsident v. Horn, der Oberbürgermeister Selke und der Generallandwirthschafts-Richter eingefunden. Der Minister begab sich zur Provinzial-Gewerbe-Ausstellung, welche er unter Führung des Ausstellungs-Comités eingehend besichtigte. An dem Diner, welches der Oberpräsident dem Minister zu Ehren gab, nahmen die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, sowie der städtischen Behörden Theil. Abends fand ein Bankett statt, welches vom landwirthschaftlichen Centralverein veranstaltet und sehr zahlreich besucht war. Der Oberpräsident von Horn brachte ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, der Vorsitzende des landwirthschaftlichen Centralvereins ein Hoch auf den anwesenden Minister aus. Der Minister dankte in einer längeren, von lebhaftem Beifall begleiteten Rede, in welcher er hervorhob, daß er es als seine Aufgabe betrachte, das Zusammenwirken der werthvollsten Kräfte der landwirthschaftlichen Berufsgeossen aus der Pflanzung heraus und über Alles Trennende hinweg anzuregen und zu fördern. Heute wird der Minister an einer Plenarsitzung der Regierung theilnehmen und sodann die Umgegend von Königsberg sowie die Spigingsche Ackerbauschule in Augenschein nehmen. Die Abreise des Ministers nach Westpreußen wird demnächst erfolgen.

Haderleben, 2. Juli. [Protest.] Die heutige „Dannevirke“ schreibt: „Justizrath Karl Braun hat beim Obergericht beantragt, die Nichtigkeit-Beschwerde von Hjort-Lorenzen gegen das Erkenntniß des Appellations-Gerichts wegen Preis-Vergebens (in Folge dessen Hjort-Lorenzen jetzt eine mehrmonatliche Festungshaft in Magdeburg verurtheilt) von Neuem wieder aufzunehmen. Man nahm ursprünglich an, daß der Protest des Justizraths Braun vom Obergericht zurückgewiesen worden sei, weil derselbe zu spät eingereicht worden; dieses hat sich aber als eine unrichtige Vermuthung erwiesen. Die Zurückweisung ist darauf begründet, daß die Anmeldung der Nichtigkeitsbeschwerde von Hjort-Lorenzen selber unterschrieben war, wozu das Obergericht ihn nicht für berechtigt hielt. Da er indess als juristischer Candidat unzweifelhaft das Recht hat, selber seine gerichtlichen Proteste zu versassen, ohne einen Anwalt dazu zu nehmen, wird das Obergericht kaum umbin können, die Sache wieder aufzunehmen und die Realitätsfrage in Behandlung zu nehmen. Daß man nicht früher auf den begangenen Fehler aufmerksam geworden ist, rührt wesentlich von der wenig deutlichen Abfassung des Obergerichts-Erkenntnisses her. Justizrath Braun hat es jedenfalls nicht verschuldet, daß die Sache seiner Zeit einen so ungünstigen Verlauf beim Obergericht nahm, was wir ausdrücklich hervorheben, weil wir seiner Zeit das Gegenheil vermuthet haben.“

Duisburg, 5. Juli. [Der Cultusminister Dr. Falk] ist gestern Nachmittags hier eingetroffen. Eine städtische Deputation war ihm entgegengefahren und geleitete ihn unter lebhaften Kundgebungen des zahlreich anwesenden Publikums in die festlich geschmückte Stadt. Der Minister nahm im Hause des Beigeordneten vom Rath Wohnung, woselbst ihm die Mitglieder des Gemeinderathes, sowie Deputationen

von Lehrern aller Confessionen vorgestellt wurden. Der Senior der Deputirten richtete an den Cultusminister eine Anfrage, in welcher er hervorhob, daß der Minister die Schule von den Fesseln befreit habe, in denen sie lange Zeit gelegen, so daß sie nunmehr die Kinder in wahrer Religiosität, in der Liebe zum Kaiser und zum Vaterlande zu nützlichen Mitgliefern der Gesellschaft erziehen könne. Abends brachte der Lehrerverein dem Minister eine Serenade, an welche sich ein Fackelzug schloß. Heute Vormittag fanden in der Aula des Gymnasiums verschiedene Vorstellungen statt; darauf besichtigte der Minister die Realschule und nahm später an einem ihm zu Ehren veranstalteten Festbanket Theil.

Mühlheim a. d. Ruhr, 5. Juli. [Der Cultusminister Dr. Falk] wurde gestern bei seiner Ankunft hier selbst von zahlreichen städtischen und auswärtigen Vereinen und Deputationen enthusiastisch begrüßt. Der Minister begab sich zum Gottesdienste in die Kirche und von dort nach dem Casino, wo die Vorstellung der städtischen Behörden, der Mitglieder der Handelskammer und einer Deputation aus dem Landtagswahlkreise des Ministers (Essen-Duisburg) stattfand. Die letztere bestand aus je zwei Deputirten der dem Wahlkreise angehörigsten Städte und je einem Deputirten der zugehörigen Landgemeinden. Der Führer der Deputation, Justizrath Gähler, überreichte dem Minister eine von 12,000 Wählern unterzeichnete Adresse. Der Minister dankte mit bewegten Worten. Bei dem darauf im Casino stattfindenden Festmahle Bürgermeister Bang ein Hoch auf den Kaiser und der Realschuldirektor Grubel ein Hoch auf den Minister aus. Der letztere dankte dem Minister für die Annahme des ihm von seinem Wahlkreise übertragenen Mandates. Der Kreis halte fest zu Kaiser und zu Reich. Der Kreis verbinde mit seiner industriellen Thätigkeit das Streben nach geistiger Bildung und habe deshalb den Mann zu seinem Vertreter gewählt, der der Vertreter der Geistes- und Gewissensfreiheit in Deutschland sei. Der Cultusminister hob in seiner Antwort die vollendete Einheit hervor, die in Mühlheim, dem Herzen seines Wahlkreises, herrsche, wo durch festes Zusammenhalten seine Wahl erreicht worden sei. Der Minister dankte sodann für den ihm zu Theil gewordenen Empfang, der ihn tief gerührt habe, und schloß seine Rede mit einem Hoch auf Mühlheim.

Trier, 4. Juli. [Die Schuhsoll-Bewegung] greift, wie man dem „Fr. Z.“ von hier meldet, immer weiter um sich und hat jetzt auch die deutsche Lederindustrie ergriffen. In dem Bezirke der Handelskammer zu Trier ist das Gerben mit Eisenborste, d. h. die Fabrication von Sohl- und Oberleder ein bedeutender Industriezweig. Die Handelskammer fordert nun zum Schutze der deutschen Lederindustrie gegen den Import des billigen amerikanischen Hemlockleders eine Erhöhung des Eingangszolles auf Leder von 6 auf 60 R., d. i. auf das Zehnfache.

Dresden, 4. Juli. [Der Vorstand des conservativen Vereins im Königreich Sachsen.] der sich am 20. April d. J. in einer in Dresden abgehaltenen Generalversammlung constituirt hat, veröffentlicht jetzt sein Programm. Wir heben daraus folgende Stellen hervor: „Das deutsche Volk fängt an zu fühlen, und die Anzeichen dafür treten immer mehr zu Tage, daß die Wege, auf denen es bisher unter Leitung eines einseitigen Partei-Doctrinarismus in seiner Gesetzgebung geführt ist, zu einem nicht unwesentlichen Theile nicht zu seinem Heile dienen, daß insbesondere die Gewerbegesetzgebung, die mit der Armenverforgungspflege eng zusammenhängende Gesetzgebung über Freizügigkeit und Untersützungswohnsitz, die Art und Weise der Durchführung der neuen Gesetzgebung über die Metallwährung u. den Wohlstand des deutschen Volkes schwer geschädigt hat. . . Der Conservativ jagt nicht der Ausführung unklarer Ideen nach, sondern läßt die Erfahrung seine Lehrmeisterin sein. Darum scheut er sich auch nicht, überall da, wo das Neue sich nicht bewährt hat, zum bewährten gewesenen Alten zurückzukehren, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet nach Kräften beizutragen, daß die ehrliche Arbeit wieder zur vollen Geltung gelangt. Vor Allem aber ist der Conservativ der Ueberzeugung, daß keine Partei segensreich wirken kann, wenn sie vergißt, daß nur auf den ethischen Grundlagen der göttlichen Weltordnung ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen im Staat eine erfolgreiche Culturentwicklung möglich ist. Dieses wieder mehr zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe der conservativen Partei.“ Zum Vorstand des Vereins gehören: Hofrath Ackermann, Kammerherr Frhr. v. Burgk auf Kösthal bei Dresden, Advocat Deumer in Camenz, Kammerherr v. Erdmannsdorff, Dr. Arnold Frege auf Altnaundorf bei Leipzig, Bürgermeister Heinrich in Borna, Kammerherr von Könniger, Rittergutsbesitzer von Delschlagel, Handelskammerpräsident Rülke in Dresden, Advocat Strödel daselbst und Kammerherr von Zehmen-Stauchitz. Organ der neuen Partei ist die „Neue Reichszeitung“, welche von dem bisherigen Redacteur der „Sächsischen Reichszeitung“ in Augsburg, dem Frhrn. E. v. Ungern-Sternberg, geleitet wird.

Dresden, 5. Juli. [Apostolischer Vicar.] Das „Dresdener Journal“ meldet amtlich, daß der Präses des katholisch-geistlichen Consistoriums, Hofcaplan Bernert, vom päpstlichen Stuhle zum apostolischen Vicar in den königlich sächsischen Erblanden ernannt und nach erfolgter allerhöchster Anerkennung durch den vom Könige hierzu mit besonderem Auftrage versehenen Cultusminister heute in dieser Eigenschaft verpflichtet worden ist.

Karlruhe, 4. Juli. [Erzbisthumsverweser Kübel] hat am 26. v. M. die diesjährigen Alumnus des Convicts zu St. Peter, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, zu Neupriestern geweiht.

Italien.

Rom, 2. Juli. [Die sicilianische Frage. — Audienz.] Aus Rom berichtet der Correspondent der „N. Z.“ über die sicilianische Frage: „Nachdem der Senat in seiner gestrigen Sitzung das von der Kammer votirte Sicherheitsgesetz angenommen, ist die parlamentarische Session thatsächlich zu Ende, und wenn nicht alle Vorzeichen trügen, gehen wir einem ruhigen und friedlichen Sommer entgegen. Die Alarmnachrichten aus Sicilien sind, wie ich Ihnen unlängst geschrieben, ohne jede politische Bedeutung. Das Geschrei der sicilianer Journale ist im Grunde nichts als ein mattes Echo der Kammerverhandlungen und ein billiges Mittel, Patriotismus zu zeigen. So lange ein Gesetz nicht die Sanction des Königs erhalten, ist es jedem erlaubt, davon zu sprechen, wie es ihm beliebt, und da die Sicilianer noch mehr als andere Italiener zur Hyperbel hinneigen, darf man ihre Ausdrucksweise nicht auf die Wagschale der Logik allein legen, sondern muß als Gegengewicht ein klein wenig Völkerverpsychologie mitgeben, wenn man sich nicht falschen Vorstellungen von der Sachlage aussetzen will. Die Sicilianer wissen selbst am besten, wie es mit ihren Sicherheitszuständen steht, und wären sie aufrichtig, so würden sie allenfalls darüber zu klagen haben, daß das neue Gesetz viel zu mild und zu schwach ist, um jenen Uebeln abzuhelfen. Furcht vor der Tyrannei der Regierung hegen sie sicherlich nicht, denn abgesehen davon, daß das Ministerium Minghetti keine despotischen Neigungen hat, ist es durch den ganzen Verlauf der Parlamentarischen Session so sehr geschwächt worden, daß es weder Kraft noch Muth besitzt, solchen Neigungen zu fröhnen. Weit berechtigter also als diese ist die Beforgnis, daß es jenes Gesetz entweder gar nicht oder aber mit so geringem Nachdruck anwenden werde, daß ihm hinterdrein der Vorwurf gemacht werden dürfte, das Ansehen der Regierung erschütter

und ganz Italien in Aufregung geführt zu haben, bloß um formell Recht zu behalten. Entweder ich täusche mich in außerordentlichen Weise, oder wir werden es schließlich erleben, daß gerade die Oppositionspresse und insbesondere die Sicilianer die erste, die diesen Vorwurf gegen das Ministerium erheben werde. Uebrigens sorgt das Ministerium durch Vermehrung der Gendarmerie und namentlich der Militärkräfte in Sicilien dafür, daß etwaigen vorläufig sehr unwahrscheinlichen Ruhestörungen vorgebeugt und die Anwendung des neuen Gesetzes überflüssig gemacht werde.“

Alphonse Karr, der sich kürzlich in Rom aufhielt, berichtete in seinen „Wespen“ von einer Audienz, welche er dort beim König Victor Emanuel gehabt hat. Da er sich entschuldigte, in Reifseldeuren zu erscheinen, erwiderte ihm der König: „Sie haben ganz Recht gehabt, wenn Sie mich wieder besuchen, so kommen Sie meinewegen in Bombardeln, falls Ihnen das bequemer ist.“ Darauf fragte ihn Victor Emanuel, der ihn in den fünfzig Jahren öfter in Nizza gesehen hatte, wie es ihm seitdem ergangen wäre. Karr erwiderte: „Ich habe eben mein Gewerbe als Schriftsteller getrieben, wie Sie Ihr Gewerbe als König, nur daß Sie seitdem gewaltig vorwärts gekommen sind. Sie sind inzwischen König von Italien und Corporal der französischen Zuvaden geworden.“ — Ach, entgegnete der König, wie oft habe ich seit der Zeit gedacht, daß es besser ist Corporal bei den Zuvaden, als König von Italien zu sein! Ich habe fürchterliche Sorgen und unablässigen Kummer gehabt. Inzwischen geht es uns gut, Alles befreit sich, sogar unsere Finanzen. — Dann versicherte Victor Emanuel, daß er, wenn er auch nicht der Bundesgenosse Frankreichs hätte sein können, er doch sein Freund sei und auch immer bleiben wolle. Er hätte Napoleon III. oft vor dem Kriege gewarnt, dem tollsten und strafbarsten, in welchen ein Souverän jemals ein Volk geküßt hätte; der Kaiser hätte ihm auch versprochen, nichts zu unternehmen, ohne sich zuvor seiner Zustimmung zu versichern, und gleichwohl hätte er, Victor Emanuel, erst ganz plötzlich, als er sich in den Alpen auf der Gemsenjagd befand, erfahren, daß der Kaiser der Franzosen dem Könige von Preußen den Krieg erklärt hätte. Dann fügte er anerkennend hinzu, daß Frankreich sich von seinem Unglück rühmlich wieder aufrichte und sagte schließlich: „Franzosen und Italiener, wir wollen immer Freunde bleiben.“

Frankreich.

Paris, 2. Juli. [Versammlung. — Polemik.] Heute haben die drei Gruppen der Linken unter dem Vorhitz des Herrn Laboulaye eine Verathung gehalten, in welcher die Herren Gambetta, Jules Simon und Ricard das Wort ergriffen und über die dann folgendes Protokoll an die Blätter versandt wurde:

Der Präsident legte den Zweck der Zusammenkunft dar. „Es handelt sich darum“, sagte er, „die geeigneten Mittel festzustellen, wie die Auflösung der Nationalversammlung zu beschleunigen wäre. Wenn man die Tagesordnung auf die notwendigen Arbeiten einschränkt, nämlich auf die organischen Gesetze, das Budget, das Wahlgesetz und die sonstigen dringendsten Vorlagen, so kann sie in den ersten Tagen des August erschöpft sein. Dann würde bis zum 14. August noch Zeit genug bleiben, um das Gesetz über die Waives zu revidiren und ein Brechgesetz zu beraten. Zu diesem Behufe müßten die Debatten sich in den engsten Grenzen halten: darum hatten auch die drei Vorstände der Linken ihren Freunden empfohlen, die Zahl der Amendements und Reden nicht noch zu vermehren. Diese Erklärung hatte einige Empfindlichkeiten nach gerufen und dies ist einer der Gründe, weshalb die heutige Versammlung einberufen wurde. Die Vorstände, welche nur die Volltrecker des Willens ihrer Gruppen sind, fordern die Mitglieder der Versammlung auf, sich dieser Erklärung ausdrücklich anzuschließen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Auflösung nicht eine Parteisache, sondern eine Frage des Patriotismus und des allgemeinen Interesses.“ Hierauf verlas der Präsident folgenden, von den drei Vorständen abgefaßten Resolutionsentwurf:

Die Versammlung der drei Linken, in Erwägung, daß das Land seit dem Votum vom 25. Februar dringend darnach verlangt, die neuen Staatsentwürfe in Wirksamkeit zu setzen;

In Erwägung, daß das allgemeine Interesse dies dem Patriotismus eines jeden zur Pflicht macht;

In Erwägung, daß die Tagesordnung der wahrhaft dringenden Gesetze bis Mitte August erschöpft sein kann, wosfern man sich nur vieler Amendements und langer Reden enthält;

Empfehlend allen Mitgliedern die größte Zurückhaltung in Anträgen und Reden und beauftragt ihre Vorstände, sich mit der Regierung, dem Präsidenten der Nationalversammlung und den anderen Gruppen über die Feststellung der Tagesordnung und die Ermöglichung einer baldigen Auflösung zu verständigen.

Diese Resolution wurde von den Anwesenden, deren Zahl sich auf etwa zweihundert belaufen mochte, einstimmig angenommen.

Der Federkrieg zwischen den hiesigen Blättern steht in hellen Flammen. Die „Republique Francaise“ nennt Paul de Cassagnac den Sohn des Königs der Narren, wie Guizot Paul's Vater, Granier aus Cassagnac, einst bezeichnet hatte. Paul de Cassagnac lehnt die Verantwortlichkeit für die Handlungen seines Vaters ab und behandelt Gambetta als Dieb und Mörder. Debrouffe, Director des Journals „La Presse“, schreibt an Villemessant, den Herausgeber des „Figaro“; der „Figaro“ fragt nun, wer der Verfasser des Briefes mit den Initialen J. D. sei. Debrouffe antwortet: „Ich bin es, der entschlossen ist, einem elenden Narren das Handwerk zu legen, der seit 20 Jahren alles herunterreißt, was anständig ist, und der ganz Paris zum Gelächter ist. Es ist Ihre Sache, zu beweisen, daß in Ihren Andern nur Köhler sitzt. Man will wissen, ob Sie endlich die Verantwortlichkeit für die Infamien übernehmen, mit denen Sie sich seit 20 Jahren in den Höhlen des „Figaro“ befudeln.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 3. Juli. [Parlamentarische Verhandlungen.] Im Oberhause lenkte der Earl von Camperdown die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in dem gegenwärtigen Abcamentments- und Rücktrittssystem in der Marine, und erhielt von Lord Malmesbury, dem Geheimnissbewahrer, die Versicherung, daß ein sich mit der Reform dieses Systems befassender neuer Plan von der Regierung in Erwägung gezogen werde, der insbesondere das Abcamentment der Grade vom Lieutenant aufwärts beschleunigen würde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Vorlage zur Erzielung eines wirksameren Markenschutzes zum dritten Male gelesen.

Aus den Verhandlungen des Unterhauses ist nur eine von dem irischen Deputirten O'Clery angebrachte Discussion über die Pariser Declaration von 1856 hervorzuheben. O'Clery befragte den Nichtritt Großbritanniens von dieser Declaration aus dem Grunde, daß dieselbe niemals vom Parlament sanctionirt oder von der Krone ratificirt worden sei. Er verlangte ferner die Vorlegung von Copien der Instruktionen, nach welchen Lord Clarendon und Lord Cowley handelten, als sie die Declaration unterzeichneten, sowie der mit anderen Mächten über den Gegenstand gepflogenen Correspondenz. Der Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten verweigerte die Vorlegung dieser Schriftstücke und zwar gestützt auf eine einseitige Bemerkung Palmerstons, daß sie für eine Veröffentlichung nicht geeignet seien. Was die Autorität der britischen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung dieser Declaration betreffe, so hätte Lord Clarendon, der es als Minister für auswärtige Angelegenheiten und Bevollmächtigter wissen mußte, erklärt, daß sie gehörige Vollmachten dazu besäßen. Der Umstand, daß die Declaration nicht ratificirt worden sei, mache sie nicht weniger bindend, und die Regierung müsse jeden Vorbehalt, von demselben zurückzutreten, entschieden ablehnen. Dr. Butler-Johnstone protestirte dagegen, daß die englischen Seerechte in einer Weise aufgegeben worden seien, die es unmöglich mache zu ermitteln, wer dafür verantwortlich sei. Im Uebrigen behauptete er, daß, da 20 Jahre in dem vergeblichen Veruche, andere Nationen — darunter die Vereinigten Staaten — zu bewegen, der Declaration beizutreten, verstrichen seien, dieselbe null und nichtig geworden sei. Nachdem noch Sir B. Wurrell bemerkte, daß das Land sich mit der Erklärung des Unterstaatssecretärs für auswärtige Angelegenheiten nicht zufrieden geben würde, fand die Debatte ihren Abschluß.

[Hoftrauer.] Ein in der amtlichen „London Gazette“ veröffentlichter Erlass des Oberkammeramtes ordnet anlässlich des Hinscheidens des Kaisers Ferdinand von Oesterreich eine zehntägige Hoftrauer an, die am 6. d. beginnt und am 16. endet.

[Rändigung.] Der Staatssecretär für auswärtige Angelegenheiten hat, wie die „London Gazette“ mittheilt, vom italienischen Geschäftsträger am hiesigen Hofe eine vom 26. ult. datirte Note erhalten, in welcher seitens der italienischen Regierung der zwischen Großbritannien und Italien

existirende Handels- und Schiffahrts-Vertrag vom 6. Aug. 1863 gekündigt wird. Dieser Vertrag läuft folglich am 26. Juni 1876 ab.

[Fund.] Im Badinghampalast ist ein verborgener Schatz entdeckt worden. Während einiger baulicher Veränderungen rissen die Arbeiter eine Mauer ein, wobei sie auf eine beträchtliche Quantität von goldenem und silbernem Tafelgeschirre, etwa aus der Zeit Georgs des Dritten stammend, stießen. Der Schatz, der einen Werth von mehreren tausend Pfund Sterling besitzen soll, scheint da, wo er entdeckt wurde, verborgen worden zu sein.

Rußland.

St. Petersburg, 2. Juli. [Austrocknung der Sumpflandschaften. — Zudrang zu den Militärgymnasien. — Der russische Juristentag. — Kanzleistyl und Ministerstyl.] Das Domänenministerium, welches unter der Leitung des Herrn v. Balujev die Interessen des Ackerbaues im großartigsten Maßstabe wahrnimmt, veranstaltet bereits die ausgedehntesten Forschungen zur Austrocknung der größeren und so zu sagen bedenklicheren Sumpflandschaften. Die wichtigsten Sumpflandschaften sind die im Gouvernement St. Petersburg, im Gouvernement Nowgorod und in der von dem Fluße Pripätj durchströmten Landschaft „Polessje“, deren Haupttheil auf das Gouvernement Minsk kommt. In der Landschaft „Polessje“ giebt es 8 Millionen Dessätinen Land, von welchen 5 Millionen (circa 20 Millionen preussische Morgen) ganz unbrauchbar sind und auch der Rest ist nicht immer vorzüglich. Hinsichtlich der Pripätj-Sümpfe hat man aber schon constatirt, daß die Pripätj gar nicht einen so schwachen Fall hat, wie man vermutet, sondern daß sie vorwiegend durch irrationelle Eindämmungen leidet. Ferner hat die vom Domänenministerium abgeschickte Commission constatirt, daß die Zuflüsse zur Pripätj zu geradlinig laufen, und daß man mit Leichtigkeit die zusießende Wassermasse besser vertheilen kann, indem man die Zuflüsse etwas von der senkrechten Richtung ableitet. Im Petersburger Gouvernement werden zunächst diejenigen Sumpfländchen berücksichtigt, deren Correction den Gesundheitszustand der Newagegend und der Provinz fördert. Ein großer Theil der Kreise New-Ladoga, Schlüsselburg, Zarskoje Selo, Luga, selbst auch manche Strecken in den Kreisen Peterhof, Sdow sind sumpfig. Das westliche Ufer des Ladogasees vom Ausfluß der Newa bis zum finnischen Meerbusen ist vielfach sumpfig; am Südufer des Ladogasees haben Peter der Große, Katharina II. und Alexander I. schon Kanäle gezogen. Im Jahre 1818 berief Alexander I. den Engländer Daniel Wheeler nach Petersburg, um an der Austrocknung dieser Sümpfe zu arbeiten. Wheeler baute bis 1825 etwa 2000 Dessätinen trocken gelegt, was nicht gerade viel war, aber auf den Gesundheitszustand Petersburgs wohlthätig einwirkte. Man hat die Arbeiten immer noch fortgesetzt, aber jetzt erst werden sie in größerem Maßstabe und mit mehr nachdrücklicher Energie unternommen. — Es zeigt sich in Rußland jetzt ein sehr starker Zufluß zu den militärischen Gymnasien. Im vergangenen Jahre waren auf 100 Stellen 200 Bewerbungen eingelaufen, und jetzt erwartet man auf je 100 Stellen circa 300 Bewerber. Das giebt die Möglichkeit, von denjenigen, die zum Receptionsexamen zugelassen werden, nur die besten Censuren auszuwählen. — Der russische Juristentag, welcher in Moskau sich am 17. Juni versammelt hatte, und bis zum 22. Juni seine Verathungen abhielt, dürfte einen bedeutsamen Einfluß auf die Klärung unserer Rechtsregeln gewinnen. Man ist in den offiziellen Kreisen in Rußland auf Ansprüche von Männern der Wissenschaft sehr aufmerksam und die geographische Gesellschaft, die Gesellschaft zur Beförderung von Rußlands Handel und Industrie und Aehnliche haben durch ihre Vorschläge und Petitionen manchem guten Gedanken von Seiten der Regierung wirksame Beachtung verschafft. Der russische Juristentag sucht die Entwicklung des russischen Rechtslebens zu fördern, und hat z. B. auf manche Lücken in unserem Gesetze hingewiesen, deren Ergänzung wünschenswerth wäre, z. B. in Bezug auf das Erbrecht von Immobilien, auf den Antritt einer verschuldeten Erbschaft, in Bezug auf einige Bestimmungen des Civilrechts und des Handelsrechts, selbst auch in Bezug auf die Legitimation von außerehelichen Kindern. Es hatten sich in Moskau circa 130 Personen versammelt. Es wurden 14 Fragen, die dem Programme gemäß sachmännischen Referentien zur Berichterstattung übergeben waren, durchgesprochen. Der nächste Juristentag findet 1877 in Petersburg statt. — Die hiesige „Börsenzeitung“ brachte von Karnowitsch eine Reihe interessanter Feuilletons über das russische Beamtenthum, welche viel Belebendes enthalten: Die alten Moskauer Titel, wie Bojar, Stolnik, Dolnitschi, Strjaptschi u. s. w. wurden seit 1722 nicht mehr ertheilt, und die letzten Inhaber dieser Würden starben bis 1740 gänzlich aus. Dagegen traten die 14 Rangklassen, bei welchen ein Civilrang stets einem Range der militärischen Hierarchie entspricht, vollständig in Geltung. Jede staatsdienstliche Function steht nach ihrer Wichtigkeit in einer der Rangklassen und erlaubt unter Umständen, ohne Veränderung der Function, auch das Hinaufsteigen in etwa zwei höhere Rangklassen. Ob man mit der untersten (der 14.) Rangklasse oder etwas höher zu beginnen hat, das hängt von dem Bildungsgrade ab, welchen man beim Eintritte in den Dienst documentirt. — Vor Peter dem Großen gingen die Moskauer Monarchen mit ihren Würdenträgern nicht eben zart um. Peter der Große schrieb ein höfliches Betragen zwischen Oberen und Untergebenen vor, aber der Eifer riß ihn selbst häufig genug zu Abweichungen von seinem Princip hin, die in zahllosen Anekdoten noch fortleben. Die Vorgänger Peters des Großen pflegten auch in jedem Ufse fürchterliche Strafen für etwaige Nichtbefolgung oder für seine lässige Ausführung auszusprechen, während Peter der Große das nicht mehr that, sondern die eifrigste und buchstäblichste Befolgung für selbstverständlich annahm. Nach und nach bürgerte sich ein ruhiger geschäftsmäßiger Ton ein, was man als „Kanzleistyl“ bezeichnete. Unter Alexander I. trat dem „Kanzleistyl“ ein anderer Styl gegenüber, den man „Ministerstyl“ nannte. Der Kaiser Alexander I. liebte seine Ufse in feiner und eleganter Form abgesetzt zu sehen: er pflegte daher zu gleicher Zeit mehrere Staatssecretäre mit der Abfassung eines Actenstückes in der Weise zu betrauen, daß jeder unabhängig vom Andern arbeitete. Er wählte alsdann die eleganteste Fassung. Dieses System brachte unter den Würdenträgern einen regen Wettsifer hervor, denn derjenige, welcher am Elegantesten und Feinsten schrieb, mußte sich leicht bemerkbar machen. Derselben Würdenträger, die in der Residenz durch Feinheit und Eleganz sich auszeichneten, konnten an ihre Untergebenen in der Provinz nicht weniger elegant schreiben, und die Untergebenen sahen ein, daß der „Ministerstyl“ mehr Anerkennung findet, als der gewöhnliche „Kanzleistyl“, und so befehligte man sich seiner vielfach auch in der Provinz. Das ist der Ursprung dieser außerordentlich eleganten und feinen Manier des Geschäftsstyls, welche in der hohen Beamtenschaft Rußlands vorherrscht. Es weiß jeder Untergebene, daß der artige Styl genau dieselbe buchstäbliche Subordination erheischt, wie der gewöhnliche Geschäftsstyl, aber es liegt in dem „Ministerstyl“ etwas für unsere Verhältnisse durchaus Charakteristisches. Man macht in Rußland leicht die Beobachtung, daß je höher der Beamte steigt, je unbedingter seine Weisungen Beachtung fordern, seine Ausdrucksweise — wenigstens im Allgemeinen — desto höflicher wird.

Belgien.

Brüssel, 4. Juli. [Federeck zwischen Offizieren.] Vor

einigen Wochen ließ der General Ennens hier eine Broschüre unter dem Titel: „Die militärischen Verschönerungen von 1831 erscheinen, welche großes Aufsehen erregte und ihn in einen Fehdekrieg mit dem General Smiffens verwickelte. Vorläufig ist das letzte Altkensstück dieser lebhaften Correspondenz folgendes: „Brüssel, 2. Juli 1875. Sie fuchteln mit Ihrem Degen, wie wenn es sich um ein Turnier handelte. Sie müssen das, was mein Buch enthält, widerlegen, wenn Sie ihm seinen Werth nehmen wollen. Die Fanfarronaden erleben nicht die Gründe und die Flegelhaftigkeit des Stils Ihrer Briefe ist der deutliche Beweis, daß jene Ihnen fehlen. H. Ennens.“

Provinzial-Beitung.

Breslau, 6. Juli. [Dementi.] Die römische „Volksztg.“ dementirt heut die Nachricht, welche sie erst vor Kurzem gebracht hatte, nämlich: daß Herr Canonicus Künzer zum magister fabricae der Domkirche gewählt worden sei. Sie erklärt die Notiz für „vollständig grundlos“. — Wenn das römische Organ in Bezug auf die Vorgänge im eigenen Lager so schlecht unterrichtet ist, so könnte man wohl zu dem Schlusse berechtigt sein, daß dort nicht Alles so steht, wie es nach Angabe der Partei-Organen stehen soll.

[Wabegäste.] Se. Excellenz der Wirk. Geh. Rath und Oberberghauptmann Krug von Nidda hat sich nach Bad Landeck, der Ministerial-Director, Wirk. Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Förster nach Flinsberg begeben.

—d. [Die Prüfung der Jöglinge der Taubstummen-Unterrichts- und Erziehungsanstalt] fand gestern Nachmittag im Anstaltsgebäude, Sternstraße Nr. 8, im Beisein des Gymnasial-Directors Dr. Fickert, des ersten Vorsitzenden des Vereins zur Erziehung Taubstummer, des Pastors Weingaertner, des zweiten Vorsitzenden, mehrerer Mitglieder der Unterrichts- und Economie-Commission des Vereins, von Vertretern der Stadt, sowie einer großen Zahl früherer Jöglinge und von Angehörigen der Schüler der Anstalt statt. Derselbe eröfnete sich nach einigen einleitenden Worten des Rectors der Anstalt, Herrn Bergmann, über das Wesen der Geberdenprache und über die Gründe, warum dieselbe keinen Unterrichtsgegenstand in Taubstummen-Anstalten bilden kann, auf Sprache und zwar: die Entwicklung der Sprachlaute, ihre Verbindung zu Silben und Wörtern und Benennen der Dinge (Lehrer Pels), Sprachübungen (Hilfslehrer Deumlich), Lesen und Besprechen des Gelesenen (Lehrer Pels), auf Religion: biblische Geschichte (Rector Bergmann), Religion (Oberlehrer Klose), auf Rechnen: die 4 Species in unbenannten und benannten Zahlen, Regelbetri (Inspector Urst), auf Geographie: Schlesien (Lehrer Hentschel), auf Naturgeschichte: das Mineralreich (Lehrer Köppler) und endlich auf Maschinen und Maschinenwesen unter Anleitung der Lehrerin für weibliche Arbeiten, Fräulein Kaul. Die Leistungen der Jöglinge in den genannten Disciplinen waren in Anbetracht der überaus großen Schwierigkeiten, mit denen die Lehrer zu kämpfen haben, nach allen Richtungen hin zufriedenstellend. Wir dürfen mit gutem Recht dem Lehrpersonal gewissenhafte Pflichterfüllung, Fleiß und unermüdeten Eifer öffentlich nachrühmen. Mit tiefereifenden Worten schilderte am Schlusse der Prüfung Rector Bergmann die Bedeutung des gestrigen Tages, an welchem die zu entlassenden Jöglinge — 19 an der Zahl (11 männliche und 8 weibliche) — aus der Anstalt in das vielbewegte Leben hinaustraten, ermahnte dieselben zum Dank gegen ihre Wohlthäter und zu einem sittlichen Lebenswandel. Mit dem Prädicat „Nicht gut“ wurden entlassen: Wilhelmine Hasler aus Schlegel, Kr. Neurode, Anna Peter aus Klimowitz, Kr. Beuthen, Georg Bartele aus Gleibitz, Joseph Wamrcinel aus Heinitzdorf, Kr. Cosel, Robert Neugebauer aus Braunsberg, Kr. Militsch, August Neldner aus Breslau und Oscar Doll aus Breslau. Mit dem Prädicat „Gut“ wurden entlassen: Jenni Cohn aus Medzibor und Sophie Golla aus Agneschütte, Kreis Beuthen. Acht Jöglinge wurden mit dem Prädicat „Genügend“ entlassen. Zwei Jöglinge mußten nothwendig ausgebildet aus der 3. Klasse entlassen werden, der eine wegen seines Alters, die andere wegen Krankheit. — In den großen und kleinen Unterrichts-Sälen waren recht wider ausgeführte Zeichnungen der Jöglinge und die Handarbeiten der Mädchen, welche von großem practischen Geschick zeugten, ausgestellt. — Wir wünschen der Anstalt, die leider immer noch, wie die Blinden-Anstalt, auf die Mithätigkeit der Menschen angewiesen ist, recht zahlreiche und reichlich spendende Wohlthäter, damit alle diejenigen unglücklichen Menschen unserer engeren Vaterlandes, denen Gehör und Sprache von der Natur verweigert ist, des Segens eines rationalen Unterrichts theilhaftig werden können.

Breslau, 5. Juli. [Eröffnung der Schwurgerichtsperiode. — Verbrechen im Amte. — Verächtlicher Bankerutt.] Die angefangene Schwurgerichtsperiode wurde heute von dem Vorsitzenden, Herrn Stadtrichter Gade um 8 1/2 Uhr eröffnet. Als Beisitzer fungirten die Herren Stadtrichter Gode und Dr. George und Gerichtsassessoren v. Graef und Tries. Von Seiten der Staatsanwaltschaft war der erste Staatsanwalt, Herr v. Rosenbergh, anwesend, die Verteidigung war durch die Herren Rechtsanwältel Leonhard und Zentner vertreten. Die ersten Verhandlungen waren folgende: 1) Der Schaffner Ernst Nicolai des im § 332 des Str.-Gef.-B. bedrohten Verbrechen im Amte, nämlich der passiven Bestechung angeklagt. Die Anklage trägt folgendes vor: Am 10. August v. J. fuhren einige Arbeiter auf der Reichen-Derulfer-Eisenbahn von Chorow bis Wosnowska, und wurden auf der letzteren Station angehalten, weil sie nur bis Beuthen, der Station, welche bald hinter Chorow liegt, Willeits hatten. Der Arbeiter Guja gab nun an, er habe gewußt, daß ein Schaffner das Blindfahren gestatte, und habe, als hinter Beuthen die Willeits abverlangt wurden, dem revidirenden Schaffner das Willeit und darunter verdeckt ein Biergroßesstück beigegeben, und sei in Folge dessen unbelästigt mitgefahren. Anfanglich hatte derselbe bei seiner polizeilichen Vernehmung allerdings angegeben, er habe aus Zeitmangel unterlassen ein Willeit zu lösen. Die Annahme, daß der Angeklagte „blinde Passagiere“ dulde, habe er von einem Bekannten, der ihm dies mitgetheilt habe. Dieser Bekannte ist vernommen worden und weiß davon Nichts. Der Angeklagte bestritt den Inhalt der Anklage, und giebt nur zu im Drange der Geschäfte an jenem Tage nicht in den inneren Wagenraum der 4. Classe getreten zu sein, um die Willeits zu revidiren, sondern, zumal der Wagen sehr voll gewesen sei, durch's Fenster die Willeits abgenommen zu haben. Hierbei könne es ihm vielleicht entgangen sein, daß ein blinder Passagier sich durchschmuggelte. — Der Herr Staatsanwalt erstarkte den Angeklagten für überführt, da der einzige Belastungszeuge nicht das mindeste Interesse habe, den Angeklagten zu belasten. Da dieser Zeuge anfänglich eine andere Angabe gemacht hat, um sich herauszureden, komme nicht in Betracht. Herr R.-A. Leonhard trug das gegen auf Freisprechung an. Durch das Zeugniß des einen Zeugen, der durch seine widersprechenden Aussagen sich verdächtig gemacht habe, könne objectiv die Schuld eines bisher unbefohlenen Mannes nicht festgestellt werden. Es sei aber namentlich, wenn man selbst überzeugt wäre, daß der Zeuge weder wissenschaftlich noch aus Irrthum etwas Unrichtiges ausgesagt habe, die subjective Seite des Verbrechen, der Dolus, für die erhaltenen 5 Silbergroßen eine Amtspflicht zu verleben, nämlich dem Zeugen ohne Willeit die Weiterfahrt zu gestatten, nicht erwiesen; denn bei dem großen Gedränge am Eisenbahnwagen sei leicht möglich, daß der Angeklagte sich das erhaltene Willeit gar nicht angesehen und daher für ein vollgültiges gehalten habe. Endlich aber erachte er den Schaffner nicht für einen Beamten im Sinne des hier in Anwendung kommenden § 332 des Strafgesetzbuches, wenn gleich derselbe als Bahnpolizeibeamter dervorgeliege. Denn nähme man an, daß er die ihm zur Last gelegte Handlung begangen hat, so hätte er dieselbe eben nicht als Beamter der Bahnpolizei, sondern als Schaffner, also als Bediensteter der Reichen-Derulfer-Eisenbahngesellschaft, begangen, und dies stehe mit seiner Eigenschaft als „Beamter“ im Dienste des Staates (nur solche meint das Strafgesetz) in keiner Verbindung. Im schlimmsten Falle mußten dem Angeklagten mildere Umstände zu Gute kommen. — Der Herr Staatsanwalt replicirte, daß nach der Auskunft der Eisenbahn-Direction der Angeklagte als Bahnpolizeibeamter dervorgeliege, woraus folge, daß er alle Handlungen, die ihm die Direction beauftragt in dieser seiner amtlichen Eigenschaft verrichtet; mit der Annahme milderer Umstände erklärte er sich einverstanden. Zu dieser letzteren Annahme fanden indeß die Herren Geschworenen insofern keine Veranlassung, als sie die Hauptschuldfrage vernicchten, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte. — 2) Des einfachen und des verächtlichen Bankerutts ist der Kaufmann Robert Koch aus Dels angeklagt. Frau Maria Koch, geb. Marquardt sei am 27. September v. J. dem königl. Kreisgericht zu Dels an, daß ihr Gemann nach einer ihr zugegangenen Nachricht denselben vom 7. September sich in Hamburg befinde, um sich nach America einzuschiffen. Koch war zuvor in Breslau und Hirschberg gewesen und hatte sich dort vergeblich bemüht, für sein Geschäft zu Dels die ihm fehlenden Geldmittel aufzutreiben. Seine Zahlungen hatte er vorher schon einstellen müssen, und es war ein fälliger Wechsel über 125 Thlr. protestirt worden. Am 9. September beantragte Frau Koch die Einleitung des Concurss über

das Vermögen ihres Ehegatten. Durch Beschluß des Gerichts vom folgenden Tage wurde der kaufmännische Concurss eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den Tag der Concurseröffnung festgesetzt. Der Kaufmann Koch hatte sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen. Nach dem Berichte des Massenverwalters, Kaufmanns Louis Rimpler, hat Koch im April 1872 ein bereits eingerichtetes Colonialwaarengeschäft übernommen und ohne jegliche eigene Mittel weitergeführt. Welchen Umfang das Geschäft genommen, habe er indeß nicht beurtheilen können, da der Erdar der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches zuwider es unterlassen habe, Handelsbücher zu führen. Namentlich habe der Nachweis über tägliche Einnahme und Ausgabe gefehlt und Bilanz sei nicht gezogen worden. Nach demselben Bericht hat der Angeklagte über 100 Thlr. bares Geld bei seiner Entfernung von Dels mit sich genommen; genau ließ sich die Summe bei dem Mangel eines Cassabuches nicht feststellen. Koch ist nicht nach America gegangen. Er hat sich 2 Tage in Hamburg aufgehalten, ist dann nach Zürich gegangen, hat dort 14 Tage gelebt und ist dann zu Fuß nach Zürich nach Dels zurückgekehrt, um sich dem Concurssgericht zu stellen. Nach seiner Angabe hat er nicht einige Hundert, sondern nur 50 Thlr. mit sich genommen. Durch das Andringen seiner Gläubiger sei er außer Fassung gebracht und geflohen. Von den 50 Thlr. habe er in Hamburg und Zürich gelebt; auf dem Rückwege von dort meist von Geschenken. — Die Anklage nimmt an, daß Koch sowohl Bücher zu führen unterlassen, als die Barbestände des Geschäfts mit auf die Flucht genommen habe, um die Gläubiger zu benachtheiligen, also sich des betrügerischen und des einfachen Bankerutts schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte räumt nur einfachen Bankerutt ein. Er selbst habe von der Buchführung — Nichts verstanden und beabsichtigt, sobald das Geschäft besser gehen würde, einen Buchhalter anzunehmen. Das Geld habe er mitgenommen, um reisen zu können. Herr Staatsanwalt von Rosenbergh hielt auch über den betrügerischen Bankerutt für erwiesen. Gleichviel ob 50 oder über 100 Thlr., der Angeklagte habe, sobald ihm seine Insolvenz klar geworden, nicht einen Groschen den Gläubigern entziehen dürfen. Mit der Absicht, das Geld für sich zu verwenden, sei derselbe es den Gläubigern zu entziehen identisch. Dies bestritt der Verteidiger Herr R. A. Zentner. Er habe wegen des schimpflichen Dolus, die Gläubiger zu benachtheiligen, sehe das Strafgesetz die exorbitant hohe Strafe fest. Diese Absicht sei durch Nichts erwiesen, da der Angeklagte nur hat entziehen wollen, und dies ohne alle Mittel natürlich nicht konnte. Er beantragte wegen betrügl. Bankerutts Freisprechung, event. Annahme milderer Umstände. — Die Geschworenen fanden den Angeklagten nicht des betrügerischen, sondern nur des einfachen Bankerutts schuldig, worauf derselbe mit 3 Monaten Gefängniß, wovon 1 Monat durch die Untersuchungsfrist für verbüßt erachtet wurde, bestraft wurde.

H. T. Breslau, 6. Juli. [Pädagogischer Verein.] Wie bereits früher erwähnt, beabsichtigt der Verein in Zukunft das Studium der Pädagogik zu seiner Hauptaufgabe zu machen, welcher Absicht bereits in den beiden letzten Sitzungen entsprochen worden ist. Dabei wird in der Weise verfahren, daß zunächst die Geschichte der Pädagogik nach ihren Hauptgesichtspunkten in einer Reihe freier Vorträge zur Behandlung gelangt, worauf alsdann in die einzelnen Hilfswissenschaften derselben eingegangen werden soll. Während in der vorletzten Sitzung der Vorsitzende, Herr C. Langner, die Zuhörer in das weite Gebiet der Geschichte im Allgemeinen und in die Erziehungsgegeschichte der Völker insbesondere in übersichtlicher Weise einführt, gab Herr Knoke an dem letzten Vereinsabend in gebiegender und fesselnder Vortrage eine gebräugte Darstellung der Erziehungsweise der orientalischen Völker, der Chinesen, Inder, Perser und Ägypter, indem er dabei namentlich auf den principiellen Unterschied der Unterrichts- und Erziehungsweisen hinwies. Obgleich die genannten Völker die substantielle Erziehung gemein haben, indem ihnen das Individuum nichts gilt, sondern in der Substanz, in der Allgemeinheit untergeht, unterscheiden sie sich doch wesentlich von einander dadurch, daß den Chinesen die Familienehre, den Indern die Kasten, den Persern die National- und den Ägyptern die Priestererziehung eigen ist. — In nächster Sitzung soll über die Erziehungsweise der Hellenen und Römer gesprochen werden.

Glogau, 4. Juli. [Festliches.] Gestern feierten in Brimtenau das 25jährige Jubiläum der Herr Kreisgerichtsrath Dual aus Sprottau als Gerichtstags-Commissarius von Brimtenau und Herr Gerichts-Actuarius Glomb aus Sprottau als Protokollführer der Gerichtstags-Commission. Als die Commission am Freitag mit ihrem Fuhrmann Reich, der die Herren die verflohenen 25 Jahre zum Gerichtstags gefahren hat, in Brimtenau ankam, um den Gerichtstags abzuhalten, wurden dieselben in dem festlich geschmückten Gerichtszimmer von den Vertretern der Herrschaft und der Stadt Brimtenau, sowie von sämmtlichen Ortsgerichten der zum Gerichtstagsbezirk gehörenden Landgemeinden feierlich empfangen, begrüßwünscht und den Herren Jubilaren die Festgeschenke, welche in dem Gerichtszimmer aufgestellt waren, überreicht. Die Festgeschenke, zu deren Beschaffung der Herr Herzog sowie die Stadt Brimtenau und sämmtliche Landgemeinden beigetragen hatten, bestanden in einem silbernen Tafelaufsatz, gefertigt vom Herrn Juwelier Baumert in Glogau, und zwei Blumenvasen von Porzellan, auf denen Ansichten vom herzoglichen Schloße und von der Stadt Brimtenau in bunter Malerei angebracht sind, und in einem geposterten Lehnstuhl. Tafelaufsatz und Vasen wurden dem Herrn Gerichtsrath Dual, der Sessel dem Herrn Actuar Glomb verehrt. Außerdem hat Brimtenau dem Herrn Gerichtsrath Dual das Ehrenbürgerrecht verliehen, und wurde das betreffende Diplom, welches von Herrn Mendisch in Sprottau calligraphirt ist, durch den Herrn Bürgermeister Wackwitz überreicht. Dem Rufser Reich hat das Festcomité dafür, daß er die Gerichtstags-Commission durch 25 Jahre von Sprottau nach Brimtenau gefahren, eine Ehrenmittheilung mit silbernem Beschlag verliehen. Gestern Nachmittag nach Beendigung des Gerichtstages fand zu Ehren der Jubilare im Saale des Rathhofes zu den 3 Kronen in Brimtenau ein Festdiner von 50 Gedecken statt, an welchem der Herr Kreis-Gerichts-Director Passche mit mehreren Mitgliedern des Kreisgerichts und die Herren Rechtsanwältel aus Sprottau, sowie einige Freunde des Herrn Jubilars Dual theilnahmen. Das Festdiner, bei dem ernste und launige Gespräche wechselten, nahm einen sehr angenehmen Verlauf. Es wurden zwei Lieber, von Festgenossen gedichtet, gesungen, und von einem Festgenossen die Lebensgeschichte des Herrn Jubilars Dual, in einem launigen Leiertasteliede zusammengefaßt, vorgelesen. Die Festtheilnehmer trennten sich erst in später Abendstunde.

—ch. Görlitz, 5. Juli. [Oberpräsident. — Consumverein. — Ilmann. — Wasserstand.] Der Oberpräsident von Schlesien, Graf Arnim, traf heute gegen 11 Uhr hier ein und wurde auf dem Bahnhof von den Spitzen der kaiserlichen, königlichen und städtischen Behörden empfangen. Begleitet war er von dem Regierungspräsidenten von Liegnitz, von Zedlitz, und dem Regierungsrathe v. Zaitrow. In dem sogenannten Königszimmer nahm er ein Frühstück ein, an dem noch der Oberbürgermeister Göbbin, Landrath v. Sydow, Bürgermeister Minzloff und die drei Directoren des Gymnasiums, der Realschule und der kgl. Gewerbeschule theilnahmen. Hierauf ließ sich der Oberpräsident im Rathhause die Magistratsmitglieder vorstellen, besichtigte die Sebenswürdigkeiten des Rathhauses und besuchte dann die Nicolaithe und die Leichenhalle, die St. Peterkirche, die Strafanstalt, das Mittelschulgebäude, das Centralhospital u. s. w. Von 1 Uhr an begann die Besichtigung der Schulen, mit der Gewerbeschule, der Gymnasium, Realschule, höhere Mädchenschule, einige Volksschulklassen folgten. Dann wurde der Park mit seinen Denkmälern, die neue Reichstraße, das neue Blochhaus besucht und um 5 Uhr ein Diner eingenommen. Um 7 Uhr fuhr Graf Arnim nach der Landkrone und wollte heute Abend die Rückreise nach Breslau antreten. — Der Consumverein hat am vorigen Sonnabend sein Hauptgebäude gerichtet. — Der zweite Vorstand Ilmann ist am Sonntag in Folge eines Diefeslers bei einer Carlsbader Kur gestorben. Er ist seit Bestehen der hiesigen königl. Bancommande bei derselben angestellt, vorher war er Buchhalter in städtischen Diensten. — In Folge gewaltiger Gewitterregen, die am Dvbin volkenthümlich niederfielen, ist der Wasserstand der Neiße ein ungewöhnlich hoher, jedoch im städtischen Reichthum das Baden nur des Schwimmens kundigen gestattet werden kann.

Hirschberg, 5. Juli. [Zum Kirchenstreit. — Wilschläge. — Bestalozzi- und Kreis-Lehrer-Verein. — Excursion.] In dem beständigen Kirchenstreit zwischen dem hiesigen katholischen Kirchen-Collegium und dem Magistrat, betreffend die Kirche „zum heiligen Geiste“ hieselbst, stand am 2. d. M. vor dem königl. Ober-Tribunal zu Berlin Termin an, dessen Resultat, wie Privatnachrichten besagen, in der Zurückweisung des Klägers, welcher Wille März v. J. die Klage „wegen Verschönerung“ erhoben hatte, besteht. — Bei den hiesigen Gewittern, welche am vorigen Freitag und Sonnabend über unsere Stadt zogen, schlug hier der Blitz an acht verschiedenen Punkten ein, ohne zu zünden. Ein Schlag traf einen Schornstein des Postgebäudes, einer ein Haus auf der Forstgasse und einer ein Grust auf dem evang. Kirchhofe; zwei schlugen in Bäume, einer auf einen Weichplan und zwei ins Feld, unweit von Häusern. — Der hiesige Bestalozzi-Verein hielt in Verbindung mit dem Kreis-Lehrer-Verein am vergangenem Sonnabend zu Warmbrunn im Gasthof „zur Schneeföhne“ eine sogenannte Wanderverammlung ab, in welcher das Project der Gründung einer „Kasse zur gegenseitigen Unterstützung bei To-

desfällen der Lehrer des Hirschberger Kreises“ im Princip zur Annahme gelangte und die geschäftliche Behandlung der Vorlage in der Art geregelt wurde, daß nach einer Vorberatung des Statuten-Entwurfs in den betreffenden Bezirken die def. Beschlußfassung in der Herbst-General-Versammlung der genannten Vereine wird stattfinden können. — Heut waren circa 80 Mitglieder der Gewerbe-Vereine aus Wüste-Waltersdorf, Schönau und Schmiedeberg zum Zweck einer gewerblichen Excursion hier anwesend. Dieselben beschäftigten unter Leitung von Mitgliedern des hiesigen Gewerbevereins die Maschinenbau-Anstalt, Giengießerei und Keßelschmiede von Starke und Hoffmann, sowie die neue Holzmasse-Fabrik am „Welt-Ende“ im Sattler und folgten schließlich der Einladung des hiesigen Gewerbevereins zum Besuch eines von demselben vermittelten Concertes der Elger'schen Capelle in der Felseneller-Restaurations auf dem Cavalierberge.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 5. Juli. [Feuer. — Telegraphen-Amt. — Freisprechung.] Heut früh 3 Uhr brannte in Rengersdorf das Haus des Gartenbesitzer Alois Hufe total nieder. Die Bewohner haben nur zur größten Noth noch das nackte Leben retten können, indem sie noch fast geschlafen als das Haus schon über und über in Flammen stand und die Nachbarn zur Hilfe herbeigeeilt kamen. Von Letzteren gewedt, soll Hufe in Eile und Angst nur einen Rock seiner Frau ergriffen und mit derselben einen Auszug durch die Flammen gesucht, dabei aber doch viele und starke Brandwunden erlitten haben. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht ermittelt worden. Auch soll weder Haus noch Hausgeräth versichert gewesen sein. — Das Telegraphen-Amt in Glatz ist heute früh aus dem der Stadt gehörigen Gebäude auf dem Ringe in das auf der Grünstraße gelegene Postgebäude verlegt worden. — In Wünschelburg war am Oitern der Pfarrer erkrankt. Der Großdechant Brandt, Stadtpfarrer in Neurode, beauftragte daher den Kreisvicar Gräger, am ersten und zweiten Ofterfeiertage den Gottesdienst in Wünschelburg abzuhalten. Beide Herren wurden deshalb wegen Uebertretung der Kirchengehese angeklagt. In dem am 2. d. Mts. vor der Criminal-Deputation des königlichen Kreisgerichts zu Glatz angestandenem Termin zur öffentlichen Verhandlung der Sache wiesen die Angeklagten jedoch nach, daß das betreffende Gesetz hier nicht zur Anwendung kommen könne, indem Herr Gräger der königlichen Regierung als „Kreisvicar“ angezigt sei und sein Amt auch bereits seit mehreren Jahren ungestört im Kreise habe ausüben dürfen. Beide Angeklagte wurden deshalb von Strafe und Kosten freigesprochen.

Δ Oels, 5. Juli. [Zum Seminar. Vauten. Vergnügungsfahrt.] Die für eine freiere Entwicklung des Lehrstandes bedeutungsvolle Einrichtung des hiesigen Seminars als Externat erfreut sich gewiß unter Schlesien's Lehrern der lebhaftesten Theilnahme. Wenn man erwägt, wie viele Jahre vergeblich das Anslebentreten einer solchen Anstalt ersehnt wurde, so berechtigt dies zu der Erwartung, daß namentlich auch die Herren Präparandenbilden durch Zuführung ihrer besten Schüler das Externat im preussischen Staate zu Ehren bringen helfen; denn unschwer ist vorher zu sehen, daß wenn sich die hiesige Anstalt bewährt, daß dann die Aufhebung des Internats allmählich bei allen Seminaren zur Durchführung kommt. Außers dem sind die Vortheile, welche den Seminaristen hier geboten werden nicht zu unterschätzen. Bedeutende Stipendien, deren Werth die pecuniären Vortheile, welche das Internat bietet, überwiegen, stehen in Aussicht; auch dürfen die jetzt neu eintretenden Seminaristen wahrlich nicht schon Oitern 1878 entlassen werden. Eine Aussicht, die der vorwärts strebenden Jugend gewiß willkommen ist. — Der Bau der umfangreichen Reparatur Werkstätten der Breslau-Warschauer Bahn, sowie der Anbau des westlichen Flügels des Stationsgebäudes der Reichen-Derulfer Bahn gelangen in diesem Jahre noch zur Ausführung. — Der Gesangsverein des Jäger-Bataillons veranstaltete am Sonnabend eine Vergnügungsfahrt nach Scarstine. Auf Leiterwagen, welche derort mit Grün geschmückt waren, daß man die darauf Sitzenden kaum zu erblicken vermochte, voran eine Musik-Capelle, präparirte sich die lustige Schaar dem Publikum durch eine Umfahrt auf dem Ringe. Viel Heiterkeit erregte es, daß jeder Sänger zum Schutze gegen die Sonne sich mit einem Schirm versehen hatte. Eine solche Musterammlung vom niedlichen Sonnenschein bis zum rothen Parapla dürfte kaum auf einer Ausfahrt zu erblicken sein. Für das drahtliche Exemplar war eine Prämie von 1 Thlr. ausgesetzt worden.

Rosenberg, 4. Juli. [Schulverhältnisse.] Zur hiesigen Kreis-Schul-Inspection gehören 40, theils im hiesigen, theils im Lubliner Kreise gelegene Schulen, in welchen 6662 schulpflichtige Kinder in 70 Klassen von 56 Lehrern unterrichtet werden. Im Durchschnitt kommen also auf jede Lehrkraft 120 Schüler, während in Wirklichkeit gar mancher Landlehrer 150 bis 180 Schüler, deren Muttersprache das hiesige polnische Sprachidiom ist, allein zu unterrichten hat. Beneidenswerth ist ein solcher Lehrer sicherlich nicht, und wenn in solchen Schulen, bei den meist ärmlichen Verhältnissen der Bewohner hiesiger Gegend, die vom Betriebe des Klein-Ad-baus, des Klein-Handwerks und Gewerbes und meist durch Tagelohnarbeit ihren Lebensunterhalt sich erwerben, in intellectueller Hinsicht noch viel zu wünschen übrig bleibt, so ist es kein Wunder. Mit den gewaltigen Hindernissen, welche die lokalen Verhältnisse und frühere Krebschäden im Schulwesen, wie die langjährige Hälftelung des hiesigen polnischen Sprachidioms und die äußerst geringe Berücksichtigung der deutschen Sprache in den hiesigen Landschulen, der Thätigkeit der Lehrer entgegenstehen, werden dieselben wohl noch einige Zeit zu kämpfen haben. — Bei der am 20. vergangenem Monats von dem Rector und Lehrern der hiesigen Stadtschule berufenen Lehrer-Versammlung behufs Gründung eines freien pädagogischen Lehrervereins im Anschluß an den Provinzial-Lehrerverein zu Breslau ist von den anwesenden Lehrern die Constatirung eines solchen Vereins beschloffen worden. Derselbe soll als Hauptzweck die Förderung der deutschen Sprache, Bildung und Erziehung, und somit des nationalen Bewußtseins in der heranwachsenden Generation, die Hebung der ideellen und materiellen Interessen seiner Mitglieder anstreben. Dieses Ziel soll durch folgende Mittel angestrebt werden: a) Vorträge und Diskussionen über Fragen aus der theoretischen und practischen Pädagogik und der verwandten Zweige des Wissens; b) Benutzung einer Collection der hervorragenden Fachschriften und Anlegung einer Lehrer-Vibliothek; c) Referate über Schul- und Lehrer-Angelegenheiten in der Presse. Die Mitgliedschaft des Vereins kann jeder Lehrer des Kreises, resp. der Kreis-Schul-Inspection, ohne Unterschied der Confession erwerben. Die hiesige Stadtschule ist seit Beginn dieses Schuljahres durch die Verschmelzung der einschlägigen evangelischen mit der adalstiftlichen katolischen Stadtschule in eine Simultanische verwandelt worden. An derselben wirken gegenwärtig sieben Lehrer, da eine Stelle bis jetzt noch nicht besetzt werden konnte, welche 450 Schüler in acht Klassen unterrichten. In der obersten Klassenklasse (Ia.), welche gegenwärtig 42 Schüler besuchen, nehmen 26 an dem facultativen französischen und 16 an dem gleichfalls facultativen Unterrichte in der lateinischen Sprache Theil. Der Rector hat wöchentlich 35 Amtsstunden und dieselbe schon seit Michaeli 1873. Außerdem ist diese und die zweite Klassenklasse seit Beginn dieses Schuljahres in die frühere Cavallerie-Kaserne außerhalb der Stadt verlegt worden, weil die hiesigen Communalbehörden vier Klassenlocale der Stadtschule zur Einrichtung der Seminarschule und zur Unterbringung des obersten Seminar-Cursus bis auf Weiteres überwiesen haben, um diese Anstalt der Stadt dauernd zu erhalten. Von dem Opfer, welches die Communalbehörden aus diesem Grunde gebracht haben, müssen die betroffenen Lehrer der Stadtschule einen nicht geringen Antheil tragen helfen. Die hiesige königliche Präparanden-Anstalt erfreut sich recht zahlreicher Besuche, zumal der ziemlich unbemittelte hiesige Bürger- und Klein-Handwerkerstand, die hiesigen Lehrer und die der Umgegend bei der anerkannten Vorzüglichkeit und großen Billigkeit des Unterrichts — Freischule und Stipendium — besagter Anstalt ein nicht unbedeutendes Contingent an Schülern stellen und so Gelegenheit haben, ihre Söhne ohne großen Kostenaufwand für ihr zukünftiges Leben zu versorgen. — Das hiesige königliche Lehrer-Seminar, an welchem außer dem Director vier Seminarlehrer und bald noch zwei Hilfslehrer wirken, ist durch Aufhebung des obersten Cursus und Einrichtung der Uebungsschule nunmehr ein vollständiges und hat in der frequenten königlichen Präparanden hieselbst ein nicht zu unterschätzendes Grundelement nicht nur für dauernde Lebensfähigkeit, sondern auch für sichere und segensreiche Wirksamkeit.

Berlin, 5. Juli. Die in den letzten Tagen voriger Woche aufgetretene Festigkeit übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, stützte sich aber wiederum in der Hauptsache nur auf Dedungskäufe, die den Courten wohl steigende Richtung zu geben vermochten, in der Physiognomie des Verkehrs aber jene animirte Lebhaftigkeit vermissen ließen, die sonst das charakteristische Zeichen eines durchgehenden Stimmungswechsels zu sein pflegt. Auf dem Geldmarkte ist eine etwas verminderte Abundanz zu constatiren und die Folge davon war, daß der Discount am offenen Markte sich auf 3 1/2 % hob. (Aus Rücksicht, gegenüber einer eventuellen Discount-Erhöhung wird viel Wechselmaterial zur Baal gebracht und damit möglicherweise das gefürchtete Ereigniß gezeitigt.) Die internationalen Speculationspapiere zogen anfänglich unter mehrfachen Schwankungen im Course an, erriethen jedoch gegen den Schluß, als der Berthe überhaup gering wurde. So schlichen Deuterr. Creditactien nach unter ihrer Notiz vom Sonnabend und nur Franzosen gingen mit einer Abvance aus dem heutigen Verkehr hervor. Für Franzosen, die von

